

» „Geh denken“ – Anforderungsprofil für evangelische politische Bildungsarbeit zu Diskriminierung und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit



Martin Becher

Geschäftsführer des Bayerischen Bündnisses für Toleranz
 becher@ebz-alexandersbad.de
 www.bayerisches-buendnis-fuer-toleranz.de



Grit Hanneforth

Kulturbüro Sachsen e. V.
 Geschäftsführerin
 www.bagkr.de



Dr. Christian Staffa

Studienleiter Demokratische Kultur und Kirche
 Evangelische Akademie zu Berlin gGmbH
 staffa@eaberlin.de

I. Einführung – Das Extremismuskonzept: ein Konstrukt und seine Folgen

„Extremismus“ ist als zentraler Begriff politischer Debatten in den vergangenen Jahren zunehmend in die Kritik geraten. Seit 1974 findet der Begriff „Extremismus“ in den Verfassungsschutzberichten Verwendung und löste damit den des „Radikalismus“ ab. Mit „Extremismus“ und besonders dem Gegensatzpaar „Rechts- und Linksextremismus“ werden unterschiedliche Formen von Kritik, Dissens oder Widerständigkeit gegenüber dem demokratischen System pauschal zusammengefasst. Über die Beschreibung von („linken“ und „rechten“) gesellschaftlichen Rändern findet so die Konstruktion einer Mitte statt, die per se frei von Ausgrenzung, Diskriminierung und Demokratiefeindlichkeit ist. So führt das Konzept in erster Linie dazu, eine politische Normalität zu konstruieren. Gesellschaftliche Kräfte, die nicht der Mitte dieses Definitionsrasters zugeschrieben werden, sind damit de-legitimiert.

Von sozialwissenschaftlicher Seite gab es darauf die Kritik, dass die Gleichsetzung von Rechts- und Linksextremismus zu einer Bagatellisierung des Rechtsextremismus führe und dieser damit ausschließlich zu einem Phänomen des gesellschaftlichen Rands werde (Stöss, Butterwegge). Widersprochen wird der Eindimensionalität der Begriffskonstruktion, die nicht mit der Komplexität von gesellschaftlichen Entwicklungen in Einklang zu bringen sei. Die Rechts-Links-Achse täusche darüber hinweg, dass antidemokratische Tendenzen in allen politischen Lagern bestehen und entstehen (Neugebauer, vgl. auch die Untersuchungen von Heitmeyer und Brähler/Decker). Darüber hinaus diene der Extremismusbegriff als Ordnungsprinzip zur Legitimation staatlicher Sicherheitsbehörden, insbesondere des Geheimdienstes („Verfassungsschutz“) (vgl. Wippermann). Die Ursachen von

Rechtsextremismus würden so nicht in den Blick genommen (Jaschke).¹

Das Extremismuskonzept selbst bleibt in der Beschreibung von Gesellschaft, ihren Zusammenhängen, Entwicklungen und Problemlagen stumm. Erkenntnisse empirischer Studien zu rechtsextremen Einstellungsmustern und ihrer Ausbreitung finden nicht nur keine Beachtung, sondern werden geradezu verdeckt. Der zentrale ideologische Bestandteil von Rechtsextremismus mit seinen Ungleichwertigkeitsvorstellungen findet in diesem Konzept keinen Platz. Die sogenannte „demokratische Mitte“ ist also scheinbar frei von politischem Extremismus und frei von Ungleichwertigkeitsvorstellungen.

In tagespolitischen Diskursen wird „Extremismus“ dazu verwendet, politische Positionen außerhalb des „Normalen“ zu diskreditieren und zu kriminalisieren. Damit wird der Begriff im Alltag zum strategischen Instrument der Disziplinierung von Initiativen und Menschen, deren politische Positionen sich kritisch mit dem Handeln des Staates auseinandersetzen. Mit der Diskreditierung als „Linksextremisten“ geht ein Diskursausschluss einher.

II. Drei Handlungsebenen evangelischer politischer Bildung

Ein integriertes Konzept evangelischer politischer Bildungsarbeit, wie wir es hier vorschlagen wollen, kann sich nicht auf diese für staatliche Sicherheitsbehörden operationalisierte Form von Gesellschaftsanalyse beschränken. Uns beschäftigen Formen der Ausgrenzung, Diskriminierung und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, die durchaus in Rechtsterrorismus (NSU) und einem extrem rechten Denken und Handeln münden können, sich aber nicht nur in diesen „extremen“ Formen äußern. Wir benötigen auch Antworten auf den Rassismus in der „Mitte der Gesellschaft“, die

¹ Diese Darstellung basiert auf der Publikation: Kulturbüro Sachsen e. V. (Hrsg.) (2013): (Dia)Logbuch Sachsen. Prozessorientierte Beratung im ländlichen Raum. Wiesbaden. Hier finden sich auch die entsprechenden Literaturangaben zu den genannten Autoren.

mit ihren Institutionen bei der Aufklärung der NSU-Morde so dramatisch versagt hat. Von daher unterscheiden wir in unserer politischen Bildungsarbeit reaktive, präventive und proaktive Formen.

Dabei steht politische Bildungsarbeit vor der großen Herausforderung, dass sie die Menschen mit diskriminierenden Einstellungen in der Regel nicht direkt erreichen kann – da diese schlichtweg entsprechende Angebote nicht nutzen. Evangelische oder besser christliche Bildungsarbeit ist dadurch gekennzeichnet, dass Aktions- und Reflexionsebene eng aneinander gebunden sind, dass also Bildung nicht rein kognitiv bleibt, sondern auch Handeln und (spirituelle) Persönlichkeitsentwicklung bedeutet.

III. Reaktive Ebene

„Blitzlicht“ 2001 ff.: Der laue Umgang der Stadt Dresden und des Freistaates Sachsen mit dem jährlichen Neonaziaufmarsch um den 13. Februar war bereits ab 2001 ein Handlungsimpuls für die Kirche. Der sich seit 2004 massenhaft und selbstbewusst zeigenden Neonaziszene musste durch Widerspruch aus der Mitte der Gesellschaft entgegengetreten werden. Bis 2008 schwiegen bis auf die Antifa alle – die bürgerliche Mitte („Lasst sie laufen, dann sind sie schnell wieder raus“) und konservative Kreise mitsamt den Kirchen und ihrem Konzept des „Stillen Gedenkens“. Gerade das „Stille Gedenken“ an die „Dresden-Opfer“ der Luftangriffe stärkte die Anschlussfähigkeit der revisionistischen Diskurse der Neonazis an die bürgerliche Mitte der Stadtgesellschaft und die sächsische Geschichtsklitterung.

Ein Bündnis bezog im öffentlichen Raum Position unter dem Motto „GehDenken – diese Stadt hat Nazis satt“. „GehDenken“ ist produktives Gedenken und Herausgehen aus den statischen Formen des Beobachtens, um zu tun und zu lernen, beim „Auf-die-Straße-Gehen“, um beim gewaltlosen Widerstand gegen die Neonazis etwas über sich selbst, Rassismus, die Geschichte, Flüchtlingsarbeit zu lernen. Die AG Kirche für Demokratie gegen Rechtsextremismus der sächsischen Landeskirche, die Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus (BAGKR) und Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) wurden aktiv und schlugen Friedensgebete als Protestform gegen den Neonaziaufmarsch vor. Unter dem Motto: „Nächstenliebe verlangt Klarheit – Neonazis stoppen überall“ haben sie Kirchenmitgliedern eine Rolle im öffentlichen demokratischen Raum ermöglicht. Christen haben beim Protest gegen Neonazis eine im biblischen Menschenbild begründete Verantwortung.

„Reaktive“ evangelische politische Bildung: Evangelische Kirche ist in diesem Kontext klassischer zivilgesellschaftlicher Akteur mit einer seismographischen Funktion gegenüber politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Lernen er-

folgt „in der Zivilgesellschaft“ und „im und durch Engagement“.² Politische Bildung soll dieses Handeln ermöglichen – sie muss Aktivitäten strukturieren und reflexiv begleiten.³ Die Akteure benötigen relevante Kenntnisse über Neonazis und ihre Strukturen, Aktionsformen, Rekrutierungsformen und Strategien. Sie wollen etwas lernen über rechtliche und politische Rahmenbedingungen für ihr Engagement: Versammlungsrecht, Polizeirecht, Verfahrenswege.

In der Regel schließt sich daran ein Diskurs über Legalität und Legitimität von politischen Aktionen im Kontext des Widerstands gegen Neonazis an. Politische Bildung muss Positionen vermitteln, dabei Bürger- und Freiheitsrechte zentral herausstellen und zu zivilgesellschaftlichem Handeln ermuntern. Berührt wird dadurch eine ethische Dimension: „Wofür bin ich, wenn ich gegen etwas bin?“ Die Erfahrung zeigt, dass es dadurch zu einem (innerkirchlichen) Generationendiskurs kommt – Widerständigkeit wird von Jüngeren und Älteren in unterschiedlicher Form als Identifikations- und Rollenmuster betrachtet.

Das Alleinstellungsmerkmal evangelischer politischer Erwachsenenbildung lautet: Sie ist durch ihre zivilgesellschaftliche Verankerung in der Lage, schnell auf politische Entwicklungen zu reagieren (Umweltreagibilität). Sie organisiert unkompliziert Fachkompetenz für politische und rechtliche Fragen. Und sie ist kompetent darin, ethische und moralische Auseinandersetzungen, die daraus entstehen, diskursiv zu führen. So wird Evangelische Erwachsenenbildung zum „Ort öffentlicher Auseinandersetzung“ der Beteiligten in diesem gesellschaftlichen Konfliktfeld.⁴

IV. Präventive Ebene

„Blitzlicht“ 2014 f.: Seit Oktober 2014 demonstrieren montags in Dresden mehrere tausend Menschen unter dem Motto „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA), etwa am 12. Januar 2015 mit ca. 20.000 Personen. Am 22. Dezember 2014 versammelten sich 17.000 Menschen, um vor der Frauenkirche Weihnachtslieder zu singen. An ca. 15 weiteren Orten in Deutschland sowie in einigen europäischen Nachbarländern fand PEGIDA bisher Nachahmer. Das Kulturbüro Sachsen bezeichnet PEGIDA (16.12.2014) als „Teil einer neuen chauvinistischen Bewegung“ mit einem „autoritären Demokratieverständnis“, die einen „Resonanzraum für Rassismus“ bietet. Durch PEGIDA ist eine „Gelegenheitsstruktur entstanden, die Einstellungen Einzelner in einer Handlungsebene bündelt“. Weder die Dresdener Organisatoren noch die Mehrheit der Teilnehmenden seien jedoch „neonazistisch“ oder „extrem rechts“.

Diese behaupten eine gefühlte politisch-ökonomische Ausgrenzung und vermischen bürgerernahe Erklärungen von Entscheidungen. Hier hat Politik es

² Ebner von Eschenbach, M. (2014): Widerständigkeit als notwendige Voraussetzung für Demokratiekompetenz. In: forum erwachsenenbildung, H. 2, S. 26.

³ Vgl. ebd., S. 27.

⁴ Vgl. den Beitrag von Grit Hanneforth und Dr. Petra Schickert in diesem Heft.

versäumt, das Asylrecht als Menschenrecht zu vermitteln. Zum Erklärungsdefizit politischer Praxis tritt das eklatante Versagen der politischen Bildung. Umso kurioser ist es, dass ausgerechnet die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung plötzlich als Vermittler zwischen den „berechtigten Sorgen“ von PEGIDA und der Landespolitik auftrat. Eine Selbstreflexion zu den eigenen Leerstellen sucht man bis heute vergebens.⁵

PEGIDA ist für organisierte Neonazis in den bundesweiten Ablegern eine „Vorfeldstruktur“, mittels derer sie versuchen, eine Verbindung zu den ressentimentgeladenen Teilen der Bürgerschaft in der Mitte der Gesellschaft herzustellen. Solche Cross-over-Strukturen zur Artikulation von Diskriminierung und Ressentiments nehmen zu. HoGeSa („Hooligans gegen Salafisten“) als selbstständige Plattform scheiterte aufgrund der sofort erkennbaren gewalttätigen Hool-Strukturen. Deshalb versuchen HoGeSa-Ableger, die PEGIDA-Strukturen für sich zu nutzen. Ähnliche Cross-over-Strukturen finden sich im intellektuellen Bereich bis hin zu den klassischen Volksparteien, wo Thilo Sarrazin (SPD) oder Alexander Gauland (früher CDU, jetzt AfD) rassistische Stereotypen und islamfeindliche Haltungen verbreiten.

Diese Entwicklung im politisch-intellektuellen Bereich führt zu einer neuen konformistischen Rechten. Durch den Einzug der AfD in Länderparlamente gibt es einen parteipolitischen Arm zum Protest auf der Straße. Ultrakonservative Haltungen verbinden sich mit neurechten Medien wie Junge Freiheit, Blaue Narzisse, Compact-Magazin und dem „Institut für Staatspolitik“, dessen Zeitschrift „Sezession“ ein Interview mit Lutz Bachmann führte. Die gefühlte Unzufriedenheit von PEGIDA und den neurechten Medien wird von der AfD geteilt und über Netzwerke in ein ultrakonservatives, evangelikales Milieu eingebracht (etwa durch Beatrix von Storch)⁶.

Kirchliche Repräsentanten haben sich sehr eindeutig von PEGIDA distanziert (z. B. die Bischöfe Bedford-Strohm, Marx, Schick, Meister), auch wenn längst nicht alle kirchlichen Repräsentanten diese klaren Positionen vertreten. Beide christliche Kirchen erreichen jene nicht mehr, die mit einer offenen völkischen Haltung die Friedensbotschaft des Weihnachtsfestes in Liedern zum Ausdruck zu bringen meinen. Dagegen bleibt es Aufgabe von Kirche, diejenigen zu stärken, die sich nicht nur der eigenen Familie verpflichtet fühlen, sondern das Gebot der Nächstenliebe auch als „Fernstenliebe“ gegenüber den Schwächsten in unserer Gesellschaft praktizieren. Dieser Gedanke ist das Leitmotiv des christlichen Menschenbildes bei der Auseinandersetzung mit Asyl und Migration in Deutschland. Dass das heute so wenig zum Tragen kommt, ist auch ein Resultat der Schwächung von Regelstrukturen.

„Präventive“ evangelische politische Bildung: Menschen, die an Kundgebungen von PEGIDA teil-



nehmen, Thilo Sarrazins Bücher mit Begeisterung lesen oder rechtspopulistisch wählen, werden durch offene Angebote (politischer Bildung) nicht erreicht. In ihren Rollen als Eltern oder Schüler, als Gemeindeglieder oder Berufstätige, als Feuerwehrleute oder Fußballfans sind sie jedoch sehr wohl an gesellschaftlichen und/oder politischen Kontexten interessiert.

Präventive evangelische politische Bildung definiert sich deshalb in erster Linie über die Adressaten – es sind Akteure in Regelstrukturen, die in beruflichen oder ehrenamtlichen Kontexten als Multiplikatoren auf die oben genannten Menschen treffen. So werden indirekt diese Regelstrukturen gestärkt – was angesichts der schwindenden Identifikation mit dem politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen System, ausgelöst auch durch eine neoliberale und anti-institutionelle Politik, bereits eine Botschaft an sich ist.⁷

Adressaten präventiver evangelischer politischer Bildung gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind also Lehrkräfte an allen allgemein- und berufsbildenden Schulen, Menschen aus der Jugendarbeit, Seelsorger/innen in allen Lebensbereichen, Erzieher/innen in Kindertagesstätten, Betriebsräte, Verantwortliche in Vereinen und Verbänden (z. B. Sport, Freiwillige Feuerwehr, Technisches Hilfswerk, Fanbetreuer) oder in den Wohlfahrtsverbänden. Diese Liste ließe sich beliebig fortsetzen. Inhaltlich geht es dabei insbesondere um die Vermittlung von Fachinformation über Neonazis und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – also das für die berufliche Rolle notwendige „Kontextwissen“. Dabei werden für die Multiplikatoren rasch eigene Handlungsmöglichkeiten erkennbar, aber auch deren Grenzen („Relationsbewusstsein“).

In diesem Kontext ist uns eine davon unabhängige Bemerkung wichtig: Die klassische politische Bildung führt seit Längerem eine Auseinandersetzung mit dem Verfassungsschutz (VS), der mit großer Macht in dieses Feld drängt. Das Selbstverständnis des Geheimdienstes als Akteur politischer Bil-

⁵ Leerstellen sind dort etwa Themen wie „Die Bundesrepublik als Migrationsgesellschaft“, „Asyl als Menschenrecht“, „Perspektiven geflüchteter Menschen und ihre Fluchtgeschichte“ ebenso wie Fragen zum Engagement von Bürgerinnen und Bürgern in Willkommens- und Unterstützerbündnissen, etc.

⁶ MdE für die AfD, Mitglied in ultrakonservativen Lebensschützer-Netzwerken, Gründerin von Zivile Koalition e.V. – gegen den Euroretungskurs der Bundesregierung.

⁷ Vgl. den Beitrag von Ingo Grastorf in diesem Heft.

⁸ Ebner von Eschenbach, M., a. a. O., S. 29.



dung ist in zweifachem Sinn übergreifend: zum einen bedeutet es eine „Kolonialisierung der Lebenswelt“ (Habermas), zum anderen expandiert der staatliche Sicherheitsapparat auf Kosten des öffentlichen Bildungssystems und beeinträchtigt damit die „funktional differenzierte Gesellschaftsbalance“⁸ – ganz zu schweigen vom Skandal, dass Behörden, die in der Aufklärung neonazistischer Strukturen versagt haben (NSU), sich nun anmaßen, im Feld anderer Akteure tätig zu werden.

V. Pro-Aktive Ebene

„Blitzlicht“ 2011: Im November 2011 tagte die erste Ost-West-Konferenz der BAGKR in der Lutherstadt Wittenberg unter dem Titel „Das Ganze verändern, nicht nur die Nische“. Der Tagungstitel richtet sich auf eine zentrale Zielgruppe der Arbeit gegen Diskriminierung: die Mitte der Gesellschaft. Jene also, die sich in der Regel als nicht problematisch sehen, als „ganz normal“, mit den „ganz normalen“ Resentiments, mit den in unserer Geschichte gewachsenen Projektionsmechanismen – somit geht es um uns alle und damit auch um Kirche. Die Enthüllungen über ein mehr als zehnjähriges Versagen der Ermittlungsbehörden (NSU) machten deutlich, dass in der Mitte der Gesellschaft das Problem liegt – und nicht in der Nische. Waren doch die Ermittlungsbeamten, die das Problem „natürlich“ in den Kontexten der „Einwanderungsgesellschaft“ selbst sahen, in der Regel ganz normale Angehörige der Mittelschicht, die eben auch an dem gesellschaftlichen Rassismus teilhat.

Die BAGKR setzt damit das rassismuskritische Potenzial des Begriffes der Gottesebenbildlichkeit in Kontrast zur langjährigen Herrschafts- und Rassismusauffassung der Kirche. Die biblischen Impulse, die das Eintreten für Fremde und Flüchtlinge in vielfältiger Weise zur Sprache bringen, sind zu selten wirklich in Alltagshandeln übersetzt. Jede dieser Reflexionsrichtungen bekommt mit der engen

Verbindung zu konkretem Engagement eine für den Zusammenhang von Tun und Hören, für Herzensbildung und Wissensaneignung zentrale Bedeutung. Tun ohne Hören und Hören ohne Tun würde diesem Lernen die Lebensader kappen. In der Friedensdenkschrift der EKD wird darauf Bezug genommen: „(50) ‚Jeder Gottesdienst kann und soll zum Frieden bilden.‘ – Grundsätzlich kann die christliche Kirche in ihrer Gesamtheit, insbesondere in ihrer evangelischen Gestalt, als Bildungsinstitution verstanden werden, wenn mit Bildung ein nicht auf das Kognitive begrenzter Prozess des Wissenserwerbs, sondern ein ganzheitliches Geschehen der Persönlichkeitsbildung gemeint ist. Dieses Bildungsverständnis richtet sich an der Einsicht aus, dass der Mensch zu Gottes Ebenbild bestimmt ist, meint daher wesentlich ‚Herzensbildung‘ und schließt auch die Bildung und Erziehung zum Frieden ein.“⁹

Proaktive evangelische politische Bildung: „Wir sind erst dann Teil der Lösung, wenn wir erkennen, dass wir Teil des Problems sind“ – dies ist letztendlich die Quintessenz für die Auseinandersetzung evangelischer Bildungsarbeit mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit: selbstreflexiv, mit einer gewissen Demut, aber auch mit Optimismus und Tatkraft in Bezug auf die eigene pro-aktive Handlungsfähigkeit. Politische evangelische Bildung ist damit auch Ort kirchlicher Auseinandersetzung. Sofern diese interne Auseinandersetzung erfolgt ist, bedeutet das eine Stärkung evangelischer Akteure im gesellschaftlichen Umgang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Gegenüber anderen (staatlichen!) Akteuren ist es nun möglich, (selbst-) reflexive Diskurse einzufordern, ehe der öffentliche Disput beginnt.

Evangelische politische Bildung steht außerdem vor der Aufgabe, Menschen zum proaktiven Handeln zu befähigen und sie darin zu begleiten – ein derzeit wichtiges Feld ist dabei die Flüchtlingsarbeit (vgl. Broschüre BAGKR: Was tun, damit's nicht brennt? Berlin/Dresden 2014). Benötigt wird also Kontextwissen für die „Anständigen“, die zu „Zuständigen“ werden. Sie benötigen Kenntnisse (z. B. über Asylrecht), sie erhalten Kompetenz (interreligiös, interkulturell, psychologisch, methodisch-didaktisch) und einen Raum zur Selbstreflexion und Rollenklärung bis hin zur Selbstorganisation. Dabei werden auch altbekannte Angebote plötzlich wieder virulent – etwa das „Training zum Umgang mit Stammtischparolen“ (Klaus-Peter Hufer).

Zu diesem Wissen gehört auch eine möglichst genaue Wahrnehmung des eigenen Umfeldes, also der Einstellungen von Mitgliedern der Evangelischen Kirchen. Deshalb beschloss die EKD-Synode im November 2013, eine Studie innerhalb der EKD zu einzelnen Themen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu beauftragen – auch damit evangelische politische Bildungsarbeit zielgerichtet geleistet werden kann.

⁹ Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. Günter 2007, S. 36.